

# Hohenstein-Ernstthal-Grüßthaler Tageblatt

## Anzeiger

Erste Ausgabe  
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und  
kostet durch die Austräger pro Quartal M. 1,55  
durch die Post M. 1,82 frei in's Haus.

Inserate  
nehmen außer der Expedition auch die Austräger auf  
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-  
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Hohenstein-Grüßthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Hermsdorf, Bernsdorf,  
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Aufsdorf, Wüstenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Gröbach,  
Kirchberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Tirschheim, Kuschnappel, Grumbach, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

## Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrath zu Hohenstein-Grüßthal.  
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 284.

Freitag, den 6. Dezember 1901.

51. Jahrgang.

### Versteigerung.

Sonnabend Nachmittag 3 Uhr soll auf dem hiesigen städtischen Bauhofe an der  
Badstraße altes Brennholz etc. zur Versteigerung gelangen. Bieter werden eingeladen.  
Hohenstein-Grüßthal, am 4. Dezember 1901.

Der Stadtrath.

Dr. Pollster,  
Bürgermeister.

### Sonnabend, den 7. Dezember,

Nachm. 3 Uhr, kommen im hiesigen Kgl. Amtsgericht 1 Partie Puddingpulver, Vanillinzucker, rote  
Erbsen, Wackelpulver und 48 Stk. Flaschen Gewürztrakt meistbietend gegen sofortige Baarzahlung zur Ver-  
steigerung.  
D 702/01. Der Gerichtsvollzieher beim Kgl. Amtsgericht Hohenstein-Grüßthal.

### Weibliche Fabrik-Inspektoren.

S. K. K. Am 26. November hielt die Groß-  
herzogliche Fabrikinspektorin Fräulein Dr. von Nicht-  
hofen auf Einladung des Dresdener Zweigvereins für  
soziale Reform einen öffentlichen Vortrag über die  
weibliche Fabrikinspektion in Deutschland. — In sach-  
lich klarer, den Stoff völlig beherrschender Weise wies  
die Rednerin, obgleich sie in bescheidener Weise mit  
einem abschließenden Urteil zurückhielt, die großen  
Vorzüge, ja die Nothwendigkeit der weiblichen Fabrik-  
inspektion nach. Kurz gesagt, vermag sich eine Frau  
als Organ der Fabrikinspektion weit eher das Ver-  
trauen der Fabrikarbeiterinnen zu erwerben, weil sie  
leichter als ein männlicher Beamter die Gefühle,  
Wünsche und Bedürfnisse erkennen kann und ihnen  
natürlicher Weise das Mitempfinden und die Theilnahme  
der Geschlechtsgefährtin entgegenbringt, eine Gabe,  
welche höher als werthvolle Unterstützung geschätzt zu  
werden pflegt und vielfach die beste Hilfe für Bedrückte  
und Bebrängte ist. Damit die Inspektorin einerseits  
Erfahrung, andererseits Vertrauen gewinne, ist un-  
bedingt erforderlich, daß sie nicht bloß Sprechstunden  
abhält und zur Entgegennahme von Beschwerden be-  
rechtigt ist, sondern daß sie wie der männliche Beamte  
die Ueberwachung der Betriebe nach den Vorschriften  
der Gewerbeordnung vorzunehmen hat und so in der  
täglichen Erfüllung ihres Dienstes den Verhältnissen  
und Menschen vertraut wird. Daß ihr dabei nur  
diejenigen Betriebe zuzuwenden sind, in denen Frauen,  
beziehl. Kinder ausschließlich oder vorzugsweise  
beschäftigt sind, liegt auf der Hand. In Baden sind  
alle derartigen Betriebe der Fabrikinspektion zugeweiht,  
welche dem Vorstand der Fabrikinspektion unmittelbar  
unterstellt und den männlichen Fabrikinspektoren  
gleichgestellt ist. Mit Recht bezeichnet es die Rednerin  
als unerlässlich, daß der Fabrikinspektorin eine gewisse  
Selbstständigkeit belassen werde, da ohne sie keine echte  
Verursachende denkbar sei, eine Wahrheit, welche  
übrigens viel zu wenig auch männlichen Beamten  
gegenüber berücksichtigt zu werden pflegt. Fräulein  
von Nichthofen, übrigens eine Nichte des Staats-  
sekretärs des Auswärtigen Amtes, fand den lebhaftesten  
Beifall mit ihren Ausführungen, auch berührte sie  
vollkommen weibliche Anmuth des Vortrags überaus  
wohlthuend. Die Frauenrechtlerinnen können viel von  
ihm lernen. Der nachfolgende Meinungsaustrausch er-  
gab den deutlichen Wunsch, der auch in der hiesigen  
Arbeiterchaft nach weiterer Ausgestaltung der weib-  
lichen Fabrikinspektion herrscht. Die bekanntlich bei  
uns bestehende Einrichtung der weiblichen Vertrauens-  
personen, welche den Kreishauptmannschaften, also nicht  
einmal den Fabrikinspektionen selbst beigeordnet sind,  
kann nur ein Uebergang zur eigentlichen Fabrikinspektion  
sein. Daß die weiblichen Vertrauenspersonen so gut  
wie garnicht, oder doch nur sehr wenig in Anspruch  
genommen worden sind, ist kein entscheidender Gegen-  
grund, denn diese Damen nicht genügend be-  
kannt werden und gut Ding will Weile haben. Es  
mag zugegeben werden, daß auch die heillosen, auf dem  
Gebiete des Anstandes und der Sittlichkeit liegenden  
Beschwerdepunkte, für welche man in erster Linie die  
weibliche Fabrikinspektion wünscht, auf Umwegen mit  
gleicher Wirkung an den männlichen Beamten gebracht  
werden können. Thatsächlich unterbleibt dies aber  
meistens doch. Ausschlaggebend ist vor allen Dingen  
nach unserer Meinung, daß die Fabrikinspektion ohne  
das Vertrauen der Arbeiterchaft nicht ihre vollen  
guten Wirkungen erzielen kann und daß die Fabrik-

inspektorin, welche der Arbeiterstand sich wünscht, viel  
leichter Vertrauen finden wird, wenn erst die Ein-  
richtung durchgeführt und eingelebt ist. Wir wünschen  
daher nach dem Spruch „daß doppelt giebt, wer bald  
giebt“ die baldige Erfüllung dieses billigen und völlig  
unbedenklichen Wunsches der Arbeiterchaft, deren wahre  
Interessen jedem konservativen Vaterlandsfreunde eben-  
so am Herzen liegen wie diejenigen anderer Stände.

### Vom Reichstage.

Berlin, 4. Dezember 1901.

Die Beratung der Zolltarifvorlage wird fortge-  
setzt. Das Interesse an den Verhandlungen hat offen-  
bar etwas nachgelassen, denn Haus und Tribünen  
sind minder gut besetzt und am Bundesratshaus  
herrscht kein Gedränge mehr, der Platz des Reichs-  
kanglers ist leer.  
Abg. Dr. Baasche (natl.) verwahrt sich dagegen,  
daß in der Presse derjenige Leute, die sich als Han-  
delsvertragsfreunde bezeichnen, alle die Anhänger dieser  
Vorlage als Handelsvertragsfeinde verzeichnen würden.  
Seine Parteifreunde hoffen, daß es gerade auf der  
Grundlage dieser Vorlage gehen werde, Handels-  
verträge abzuschließen. Wir sollten doch nicht immer  
nur fragen, was das Ausland rede, sondern vielmehr  
darauf sehen, was das Ausland thut. Das ganz  
Aussland hat sich mit einem Schutzwall umgeben,  
und wenn wir, die wir bisher relativ niedrigere Zölle  
hatten, sie jetzt ebenfalls erhöhen, so ist das nur eine  
Abwehr. Durch das Schutzollsystem, das Herr Richter  
gestern bei uns eine Hinterwäldler-Politik nannte, hat  
Amerika seine Industrie in geradezu großartigem  
Maße entwickelt. In den Vereinigten Staaten  
haben man sich jederzeit ausschließlich die eigenen In-  
teressen zur Richtschnur genommen und sein Augen-  
merk darauf gerichtet, den eigenen Markt zu beherrschen.  
Auch nach der neuesten Vorkath des Präsidenten  
Roosevelt denke Amerika gar nicht daran, von dem  
bisherigen Schutzollsystem abzugehen. Sollen wir  
demgegenüber sentimentale Bahnen wandeln? Rich-  
ter ist es, Amerika die Zähne zu zeigen; damit wer-  
den wir jedenfalls viel eher für uns vorteilhafte  
Handelsverträge auch mit Amerika erreichen können.  
Mit der Richterschen Schwächepolitik erreichen wir gar  
nichts. Die Vorlage ist in erster Linie bestimmt, der  
landwirtschaftlichen Nothlage abzuhelfen, und dazu  
sind wir durchaus bereit. Thatsache ist, daß die Preise  
der landwirtschaftlichen Produkte gewichen sind und  
zwar nicht als Folge technischer Fortschritte, sondern  
unter der wachsenden Konkurrenz des Auslandes. Man  
muß sich da doch immer fragen, ob die gewichenen  
Preise überhaupt noch einen Ertrag über die Unkosten  
hinaus lassen und ob die steigenden Nothträge in  
Wirklichkeit auch steigende Reinerträge sind. Und das  
ist nicht der Fall. Redner weist hier namentlich auf  
das Steigen der ländlichen Löhne hin und deren Zu-  
sammenhang mit den sinkenden Reinerträgen. Die  
Schutzollpolitik habe ein noch weiteres Sinken der  
Getreidepreise verhindert. Redner man, daß pro Hektar  
der Reinertrag sich auf etwa 50 M., der Kapitalwert  
also pro Hektar auf 1000 M. belaufe, und bedene  
man, daß wir in Deutschland etwa 26 Mill. Hektar  
Ackerland haben, so ergebe sich, daß wir ohne die  
Hilfe der Schutzollpolitik eine völlige Entwertung,  
einen Verlust von 26 Milliarden erlitten haben wür-  
den. Redner widerlegt ferner die Behauptung, daß  
unsere bisherigen Zölle die Konsumenten, die Arbeiter  
unserer Industrie, geschädigt hätten, und daß nicht  
das Ausland den Zoll trage, sondern unsere Konju-

menten. Wäre letzteres richtig, so könne unsere Zoll-  
erhöhung dem Auslande ganz gleichgültig bleiben und  
die Zollserhöhungen könnten neuen Handelsverträgen  
in keiner Weise hinderlich sein. Wir sind mit dem  
Reichskanzler überzeugt, daß es gelingen wird, auch  
auf der Basis des neuen Zolltarifs zu neuen Handels-  
verträgen zu gelangen, und stimmen deshalb auch  
dieser Vorlage in ihren Grundzügen zu, also besonders  
auch den Minimalzöllen, denen ich übrigens an und  
für sich gleichgültig gegenüberstehe. (Beifall.)  
Abg. Göttheim (fr. Ver.) verteidigt den Handels-  
vertragsverein und beschwert sich darüber, daß vielfach  
Regierungs- und Polizeipräsidenten in Hannover und  
andernorts Stadtbehörden und Stadtvertretungen daran  
hinderten, sich mit dem Zolltarif zu befassen, da es  
sich dabei um eine „politische Frage“ handle, obgleich  
Graf v. Poladowsky gestern ausdrücklich erklärt habe,  
es handle sich bei dieser Vorlage ausschließlich um  
eine wirtschaftliche Frage. Der wirtschaftliche Aus-  
schlag sei völlig tendenziös zusammengesetzt gewesen,  
es hätten darin nur Sonderinteressen ihre Vertretung  
gefunden. Ein Mitglied habe ihm selbst nach einer  
Verhandlung des Ausschusses gesagt, er habe den Ein-  
druck gehabt, aus einer Antrittsrede für höhere Zölle  
zu kommen (Heiterkeit). Wie kam man dazu, im Aus-  
schusse hinter verschlossenen Thüren zu arbeiten? Bei  
ein r so hervorragend wichtigen Frage, wo die Ernähr-  
ung der Massen so sehr im Spiel ist, hätte man doch  
mindestens auch Vertreter der Arbeiter  
hinzuziehen müssen. Man hat gesagt, die Verhand-  
lungen müßten geheim bleiben, damit das Ausland  
nicht zu früh davon höre. Ach, diese Furcht vor dem  
Auslande! (Heiterkeit und Beifall links.) Dann  
müßten Sie doch zuerst unser statistisches Amt anfragen,  
das doch alles Material veröffentlicht, sodaß auch das  
Ausland davon Kenntnis nehmen kann. Redner  
insistiert zur Erweiterung der Linken darüber, daß fast  
das Einzige, was Zollfrei geblieben sei, der Getreide,  
und bestreite, daß der Tarif eine geeignete Grundlage  
für neue Handelsvertragsverhandlungen bilde. Der  
Industrie seien Zollserhöhungen heimgesucht aufgebracht  
worden, so z. B. Jahrbrau- und Nahrungsmittelzölle,  
sowohl Deutschland an Jahrbrauern 7 mal, an Nahrung-  
maschinen 3 1/2 mal so viel ausführen als es einführe.  
Bei der Eisenindustrie hätten schon die bestehenden  
Zölle eine ungeheure Produktion und ungeheure Preis-  
treiberie großgezogen und dadurch auch dem Rücklage  
die Wege gebnet. Der Hauptnachtheil aller derarti-  
ger übermäßiger Zölle sei, daß sie die Arbeiterbildung  
in der Industrie förderten, und dadurch den Mittel-  
stand schädigten. Durch die Getreidezölle werde die  
Lebenshaltung und dadurch auch die Leistungsfähigkeit  
der arbeitenden Klassen geschädigt. Das Geheiß, daß  
wir ruhig in einen Zollkrieg eintreten könnten, sei  
nicht patriotisch, sondern chauvinistisch. Zölle seien  
nicht das richtige Mittel, der landwirtschaftlichen Noth  
abzuhelfen. Brentano habe bekanntlich gesagt, wenn  
es das Wohl des Vaterlandes erheische, müsse auch  
der Bauernstand Opfer bringen (Rufe rechts: Psi  
Teufel! Große Heiterkeit), das sei jedenfalls richtiger,  
als wenn Graf Schwerin-Löwis im Gegensatz dazu  
verlangte: was die Landwirtschaft fordere, müsse ge-  
schehen, event. auch auf Kosten unserer wirtschaftlichen  
Weltstellung. Die kleinen Leute hätten auch auf dem  
platten Lande von den höheren Kornzöllen gar keinen  
Vorteil. Die stärkste Entvölkerung des platten Landes  
in unserem Osten durch Auswanderung habe gerade  
stattgefunden zur Zeit der höchsten Getreidepreise, in  
den Jahren 1863-73, weil damals die hohen Preise  
den Großgrundbesitz veranlaßt hätten, die kleinen Be-  
sitzer auszukauften. Diese seien nach Amerika gegangen  
und hätten uns dort die Konkurrenz großgezogen,  
über die man jetzt klagt. Späher, so schließt Redner,  
sagte, unter den Landwirthen gebe es keine Millionär-  
nuss, unter dem Aufzuge des Bundes der Landwirthe  
finde ich einige Millionäre und auch hier sehe ich einige.  
(Heiterkeit. Beifall links.)  
Abg. Gamp (Reichsp.): Wir betrachten die In-  
teressen von Industrie und Landwirtschaft als sol-  
chen. Wir wollen eine blühende Industrie, aber  
wir wollen auch, daß die Landwirtschaft bestehen kann,  
wir wollen, daß das in der Landwirtschaft angelegte  
Kapital wenigstens die landesübliche Verzinsung er-  
fährt. Herr Richter hat gestern, und ich danke ihm  
dafür, den hohen technischen Stand unserer Landwirt-  
schaft anerkannt. Früher sprach Herr Richter anders,  
da führte er die Noth der Landwirthe darauf zurück,

daß sie technisch zurückgeblieben seien. Herr Richter  
hat sich also gebessert. (Heiterkeit.) Dem Herrn  
Reichskanzler sagen wir für die Vorlage Dank. Wir  
hoffen, daß jetzt die Zeiten vorüber sind, wo den  
Landwirthen gesagt wurde: „Wenn Ihr für Euer  
Kapital keine genügende Rente habt, so schreibt doch  
die Hälfte des Kapitals“; aber die Vorlage, so wie sie  
ist, genügt noch nicht. Ich sehe nicht ein, weshalb  
im Zoll zwischen den Getreidearten Unterschiede gemacht  
werden und weshalb nicht auch Gerste und Hafer den  
höheren Zoll von Weizen und Roggen tragen sollen;  
ich selbst würde lieber den Zoll für Roggen erniedrigt  
sehen, als den für Gerste und Hafer. Redner wünscht  
weiter Erhöhung des Zolles auf Futtermittel, nament-  
lich Mais. Die Festsetzung eines Minimaltarifs sei  
eine Nothwendigkeit, das Haus müsse erklären: unter  
dieser Höhe darf nicht herabgegangen werden, ohne daß  
die Landwirtschaft todt gemacht wird. Redner weist  
auf das unpatrisiotische Verfahren eines Mitgliedes des  
preussischen Abgeordnetenhauses hin, das nach Wien  
gegangen sei, um dort gegen den neuen deutschen Zoll-  
tarif zu agitieren. Wenn etwa ein Amerikaner nach  
Deutschland käme, um hier gegen amerikanische Schutz-  
zölle Propaganda zu machen, der Mann wäre zweifellos  
gesellschaftlich und politisch todt. (Beifall rechts.) Daß  
Rußland keine Interessen wahrnimmt, können wir ihm  
nicht verdenken, aber daß russische Minister unseren  
Tarif in ihrer Presse bekämpfen, weil derselbe von  
unserem Standpunkt aus unsere Interessen vertritt,  
daß Rußland also von unserem Standpunkt aus sich  
in unsere Angelegenheiten mischt, können wir uns nicht  
gefallen lassen. Herrn Molkenbühr kann ich sagen, daß  
die Landwirtschaft für ihre Arbeiter besser sorgt als er  
glaubt. Wir werfen nicht, wie dies jetzt vielfach  
seitens der Industrie der Fall ist, unsere Arbeiter auf  
die Straße, sondern erhalten sie das ganze Jahr hin-  
durch. Wenn Herr Molkenbühr meint, die Noth der  
Landwirtschaft liege nur an der Grundrente, so bin  
ich bereit, ihm ein häuerliches Grundstück ganz un-  
belastet zur Verfügung zu stellen. (Heiterkeit.) Er  
braucht es nicht einmal allein zu bewirtschaften, son-  
dern ich überlasse ihm, für die Bewirtschaftung seine  
ganzen Genossen als sozialdemokratischen Beirath zu  
verammeln, und wenn er da nicht genug phänomenale  
Talente findet, so gebe ich ihm anheim, sich auch noch  
einige aus seiner Nachbarschaft zu borgen. (Stür-  
mische Heiterkeit.) Wenn Sie doch in die Bauern-  
hütten und sehen Sie, wie die armen Leute dort leben!  
Für diese giebt es nicht einmal einen Schutz wie für  
die Industriearbeiter. Wer den Bauernstand vernichtet,  
der vernichtet auch Tyron und Altar. (Beifall.)  
Abg. v. Komierowski (Pole) stellt sich im All-  
gemeinen auf den Boden der Vorlage. Mit Rücksicht  
auf die gewerblichen Arbeiter und auf die im Osten  
sonders eigenartigen, unter Umständen durch politi-  
sche Boykotte noch erschwerter Verhältnisse sei es  
aber nöthig, daß in Nothzeiten bei sehr hohen Ge-  
treidepreisen event. eine Aufhebung der Zölle erfolgen  
könne. Auch müßten die Erträge aus den Zollserhöhungen  
den ärmeren Klassen zugewendet werden. Auf jeden  
Fall aber müßte den Landwirthen geholfen werden. —  
Hierauf verlegt sich das Haus. Morgen Fortsetzung  
der Beratung.

### Vom Landtage.

Dresden, 4. Dezember 1901.

Dresden, 4. Debr. Die Zweite Kammer  
beschäftigte sich heute mit Petitionen. Den ersten Be-  
rathungsgegenstand bildet die Petition des Stickers  
Eisenhütten in Rauspach, Schadenersatzansprüche be-  
treffend. Abg. Dammig-Richow erstattet namens der  
Beschwerde- und Petitionsdeputation Bericht. Der  
Bericht gründet seine Schadenersatzansprüche, wegen  
welcher er bereits zweimal an den Landtag herange-  
treten ist, auf ein Konfuzverfahren, bei dem er mate-  
riellen Schaden erlitten hat durch ein unglückliches  
Zusammentreffen verschiedener Umstände. Da die  
Schuld daran nicht auf die Fahrlässigkeit eines Staats-  
beamten zurückzuführen ist, konnte die Deputation den  
Wünschen des Petenten nicht gerecht werden und be-  
antragt, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Abg.  
Zeilner-Oberloffa: Er stimme zwar dem Deputations-  
votum zu, wolle aber bemerken, daß der Petent sehr  
schwere Zeiten habe durchmachen müssen und zu be-  
mitleiden sei. Die Regierung möge deshalb trotz  
wiederholter Unterstützung Eisenhütten ein abermaliges